

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. September 1983
am Donnerstag, dem 15. September 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Berschkeit (SPD)	58, 59	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	1, 2
Breuer (CDU/CSU)	56, 57	Müller (Schweinfurt) (SPD)	30, 31
Brück (SPD)	32	Nagel (SPD)	15
Carstensen (CDU/CSU)	60, 61	Niegel (CDU/CSU)	51
Catenhusen (SPD)	16, 17	Paterna (SPD)	63, 64
Frau Dr. Czempiel (SPD)	25, 26	Peter (Kassel) (SPD)	42, 43
Eigen (CDU/CSU)	54, 55	Poß (SPD)	44
Dr. Enders (SPD)	50, 62	Rapp (Göppingen) (SPD)	19, 20
Eylmann (CDU/CSU)	34, 35	Reimann (SPD)	40, 41
Grunenberg (SPD)	67, 68	Reuter (SPD)	47
Dr. Hirsch (FDP)	13, 14	Dr. Scheer (SPD)	48
Dr. Hupka (CDU/CSU)	10, 11	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	45, 46
Jungmann (SPD)	52, 53	Frau Simonis (SPD)	9
Klein (Dieburg) (SPD)	23, 24	Dr. Sperling (SPD)	21, 22
Dr. Klejdzinski (SPD)	27, 28	Dr. Steger (SPD)	65, 66
Kolbow (SPD)	29, 49	Stockleben (SPD)	69, 70
Dr. Lammert (CDU/CSU)	12	Stutzer (CDU/CSU)	38, 39
Lowack (CDU/CSU)	7, 8	Frau Weyel (SPD)	5, 6
Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	3, 4	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	18, 33
Meininghaus (SPD)	36, 37		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Presseberichte (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. August 1983) bestätigen, nach denen es bei der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zu Unzulänglichkeiten bei der Durchführung von FAO-Projekten gekommen ist?
2. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf eine ordnungsgemäße Abwicklung von FAO-Projekten einzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

3. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die schon lange vorbereitete Schadstoff-Verordnung (Umweltkontaminanten-Verordnung) vorlegen, mit der Höchstmengen von Schwermetallen und Tierarzneimitteln in Lebensmitteln festgelegt werden sollen, und welche Gründe haben sie an der Vorlage der Verordnung bisher gehindert?
4. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung angesichts der Vorgänge um die Rheuma-Mittel Coxigon und Amunogits/Osmogit, für die Zukunft zu verhindern, daß Arzneimittel, deren gefährliche Nebenwirkungen er- und bekannt sind, weiter verschrieben und verkauft werden dürfen, bis die Gefährdung nach einem langwierigen Verfahren durch das Bundesgesundheitsamt auch formal bestätigt wird, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV), daß im Interesse eines wirksamen Verbraucherschutzes im Arzneimittelrecht – analog zum Lebensmittelrecht 1975 – das Mißbrauchsprinzip durch das Verbotsprinzip ersetzt werden müßte, um zugelassene Arzneimittel bei Bekanntwerden schädlicher Nebenwirkungen bis zur Feststellung ihrer Unbedenklichkeit vom Verkauf auszuschließen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, wenn die Gemeinden in Bebauungsplänen reine Fuß- und Radwege vorsehen, um im Wohngebiet von vornherein Verkehrsberuhigung zu erreichen, und welche Finanzierung dieser Anlagen hält sie für angemessen?
6. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Juli 1982 reine Fußgängerwege in oder zwischen Wohngebieten nicht mehr als beitragsfähige Erschließungsanlagen anzusehen sind, und welche Folgerungen zieht sie aus diesem Urteil?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

7. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die einseitige Berichterstattung über Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika zunehmend der Eindruck erweckt wird, daß die Bundesrepublik Deutschland ein unzuverlässiger Verbündeter in der NATO sei und das öffentliche Leben fast ausschließlich durch Demonstrationen und Anschläge gegen militärische Einrichtungen der Vereinigten Staaten von Amerika geprägt werde?
8. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, damit der Durchschnittsamerikaner besser über Deutschland, seine Menschen und die Zielsetzungen deutscher Politik informiert ist?
9. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung in der deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß eine anti-amerikanische Haltung, und wenn ja, welche Umstände sieht die Bundesregierung als Ursachen dieser Haltung an?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft geben über die bürokratischen Schwierigkeiten und materiellen Forderungen, denen sich heute ein deutscher Staatsbürger, der noch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besitzt und diese aufkündigen will, konfrontiert sieht, und ist ihr bewußt, daß es nahezu unmöglich ist, die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit aufzukündigen?
11. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Deutsche in Rumänien wegen ihres Antrages auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland ihre berufliche Stellung verlieren, und ist sie bereit, die rumänische Regierung darauf hinzuweisen, daß dieses Verhalten im Widerspruch zur KSZE-Schlußakte und zu den beiden Nachfolgetreffen sowie zu den jüngsten deutsch-rumänischen Absprachen steht?
12. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) In welcher Form und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die von der internationalen Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes“ in den vergangenen Monaten dargestellten und dokumentierten Folterungen türkischer Kinder zum Gegenstand eigener diplomatischer Aktivitäten gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist der Bundesregierung der Bericht des UN-Flüchtlingskommissariates (UNHCR) bekannt, demzufolge der neue Leiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf gegenüber den Berichterstattem erklärt haben soll, die

deutsche Asylgesetzgebung sei vor allem für deutschstämmige und eventuell für andere Europäer gedacht, Asylbewerber aus „rechtsregierten“ Ländern seien nicht willkommen und er könne sich hinsichtlich nichteuropäischer Ausländer allenfalls vorstellen, christliche Türken in die Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen?

14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Was hat die Bundesregierung nach dem Erscheinen des Berichts – vergleiche z. B. Süddeutsche Zeitung vom 9. August 1983 – in dieser Sache unternommen?
15. Abgeordneter
Nagel
(SPD) Ist es richtig, daß Ausländer, die nach mindestens achtjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltsberechtigung beantragen, sich in verschiedenen Bundesländern einer strengen Diktatprüfung durch das Ordnungsamt unterziehen müssen bzw. Sprachzertifikate deutscher Schulen oder Institutionen verlangt werden, und wenn ja, gibt es für dieses Verfahren eine bundesrechtliche Grundlage?
16. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob bei industriell genutzten chemischen Reaktionen auch PCB gebildet wird, und um welche chemischen Reaktionen handelt es sich dabei?
17. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Welche Forschungsaufträge des Bundes sind bereits vergeben oder sollen vergeben werden, um die industriell genutzten chemischen Reaktionen zu ermitteln, bei denen auch PCB gebildet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den jüngsten Forderungen des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, München und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, zu folgen, „die derzeitige Finanzpolitik einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und von der Sparpolitik abzuweichen“, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden?
19. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) In welcher Weise – institutionell und inhaltlich – nimmt die Bundesregierung als der drittgrößte Kapitaleigner des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf die Konditionierung der vom Währungsfonds ausgereichten Kredite Einfluß?
20. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie nimmt die Bundesregierung zu der weit verbreiteten Kritik Stellung, daß der Internationale Währungsfonds mit dem gewiß richtigen Ziel, eine konsolidierende Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, zwar immer wieder tief und oft zu Lasten der breiten Schichten in die Sozialpolitik der Schuldnerländer eingreift, bisher aber nie erkennbar auf die Rüstungs- und Militärausgaben der betreffenden Staaten mit dem Ziel ihrer Rückführung Einfluß genommen hat?

21. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von Bundeswohnungs-
bauminister Dr. Schneider in der BILD-Zeitung ge-
äußerte Auffassung, daß zur Neugestaltung der Ei-
gentumsförderung der Umfang des bisherigen § 7 b
EStG verdoppelt werden und der begrenzte Schuld-
zinsenabzug zu einer Dauerlösung gemacht werden
sollte?
22. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von Bundeswohnungs-
bauminister Dr. Schneider in der Zeitschrift „Stadt
Aktuell“ geäußerte Auffassung, daß die Neugestal-
tung der Eigentumsförderung zu einem Eigenheim-
abzugsbetrag mit Kinderkomponente führen sollte,
der gezielter als der § 7 b EStG diejenigen unter-
stützt, die ohne Förderung kein Wohneigentum
bilden können?
23. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Wunsch der
Stadt Fulda, einen Außenlandeplatz für den Hub-
schrauberplatz Sickels einzurichten, und ist sie der
Ansicht, daß hiermit eine Entlastung vom Fluglärm
für die Bevölkerung der Stadt Fulda verbunden
wäre?
24. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die In-
formation zwischen Bundesbehörden (z. B. dem
Bundesfinanzministerium, der Oberfinanzdirektion
etc.) einerseits und den entsprechenden betroffenen
kommunalen Körperschaften andererseits in Fragen
der Verteidigung, z. B. Bau militärischer Anlagen,
zu verbessern?
25. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Ansicht, daß
die vielen infrastrukturellen Verbesserungen am
Hubschrauberlandeplatz Fulda/Sickels zu höheren
Belastungen führen und die Lärmbelästigung für die
betroffene Bevölkerung steigt?
26. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung verbindlich zusichern,
daß ein weiterer Ausbau des Hubschrauberlande-
platzes in Fulda/Sickels nicht geplant ist?
27. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die ver-
sprochene Lärmschutzkommission für Wildflecken
einzurichten, und ist geplant, in diese Kommission
außer militärischen Vertretern auch zivile Mitglie-
der zu berufen, etwa Beauftragte der betroffenen
Kommunen?
28. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bisher unternommen,
um schießfreie Zeiten während der Nacht mit den
Amerikanern am Truppenübungsplatz Wildflecken
zu erreichen?
29. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Werden die US-Streitkräfte bei der Errichtung ame-
rikanischer Militäranlagen mit der besonderen geo-
graphischen Situation in der Bundesrepublik
Deutschland konfrontiert und von den zuständigen
deutschen Behörden auf ein nicht vergleichbares
Raumverständnis zwischen Amerika und der Bun-
desrepublik Deutschland aufmerksam gemacht?

30. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Tatsache, daß die Finanzmittel der EG in ca. sechs Wochen erschöpft sind, für den gemeinsamen Agrarmarkt, falls bis dahin noch keine Entscheidung des Europäischen Parlaments über den 2. Nachtragshaushalt vorliegt?
31. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Welche finanziellen und agrarpolitischen Konsequenzen ergeben sich aus einer Zahlungsunfähigkeit der EG für die Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter
Brück
(SPD) Treffen Presseberichte zu, wonach sich im Bundeswirtschaftsministerium die Meinung durchgesetzt haben soll, im Saarland müsse eine Grube stillgelegt werden?
33. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, „daß die Anpassungsprobleme der beiden Ölpreisschocks zu Lasten des Arbeitsmarktes gelöst und dadurch 800 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden, während Japan ein größeres Maß an Inflation zugelassen und dadurch drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen haben“, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
34. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Auf welche Ursachen ist es zurückzuführen, daß die Energiepreise im Norden der Bundesrepublik Deutschland höher sind als im Westen und Süden, und wie hoch waren die Energiepreise allgemein in den genannten Regionen vor 20 Jahren und im Jahre 1982 bzw. zum letzten Erhebungszeitpunkt?
35. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die höheren Energiepreise für norddeutsche Unternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile zur Folge haben, und wie beurteilt sie die Aussichten, diese Benachteiligungen möglichst kurzfristig durch eine Preisangleichung zu beseitigen?
36. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nicht nur die Haus- und Grundbesitzerverbände, sondern auch der Deutsche Mieterbund die Forderung erhebt, die Frist zur Einführung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung zu verlängern, und beabsichtigt die Bundesregierung dieser Forderung nachzukommen?
37. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Argumente, durch eine Fristverlängerung zur Einführung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung würde die Wettbewerbssituation auf dem Markt für Geräte zur Verbrauchserfassung verbessert und für elektronische Ablesegeräte seien noch preisgünstigere Marktangebote zu erwarten?

38. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang müssen nach den Schätzungen der Bundesregierung im Hinblick auf die zu erwartende Nachfrage aus dem In- und Ausland in den nächsten Jahren Kapazitäten bei den Werften abgebaut werden, und wird im Hinblick auf die aktuelle Situation der Werftindustrie in Erwägung gezogen, regionale Flankierungshilfen zu gewähren mit dem Ziel, den Anpassungsprozeß zu erleichtern und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen?
39. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Sind im Falle harter Beschäftigungseinbrüche seitens der Bundesregierung Sonderprogramme zu erwarten, und wie hat die Bundesregierung bisher die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werftindustrie gestärkt, um bruchartige Entwicklungen bei dem notwendigen Anpassungsprozeß zu vermeiden (z. B. durch Auftragsvergabe, Übernahme von Bürgschaften, Gewährung von Finanzhilfen)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

40. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß der alte Stand bei den Ausbildungszuschüssen für die betriebliche Ausbildung von körperlich, geistig oder seelisch Behinderten wiederhergestellt wird, indem die Reduzierung des Ausbildungszuschusses von 100 v. H auf 60 v. H. für das letzte Ausbildungsjahr inklusive der dabei enthaltenen Kann-Regelung beim Überschreiten eines 60prozentigen Zuschusses sowie der erforderlichen besonderen Begründung rückgängig gemacht werden?
41. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, andere Maßnahmen zu ergreifen, um behinderten Jugendlichen angesichts der prekären Lehrstellensituation zu helfen?
42. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Reichen die Haushaltsmittel 1983 aus, um alle bei den Arbeitsämtern beantragten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bedienen zu können und wie hoch ist gegebenenfalls der „Antragsstau“?
43. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie hoch ist der ungedeckte Finanzbedarf und ist die Bundesregierung bereit, der Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 1984 ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um angesichts der gewachsenen Arbeitslosigkeit die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erheblich ausweiten zu können?
44. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend der Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs Vogt im KAB-Organ „Gemeinsame Zeitung“ vom September 1983, einen Gesetzentwurf zur Vermögensbildung vorzuschlagen, in dem außerbetriebliche Anlageformen in den Katalog der geförderten Anlageformen aufgenommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist die Bundesregierung bei der Überprüfung der Bedenken der hessischen Landesregierung gegenüber der Stationierung von 133 Hubschraubern und 33 Starrflüglern auf dem militärischen Gelände in Wiesbaden-Erbenheim nunmehr zu einer Stellungnahme gekommen, und wird sie den Antrag der US-Streitkräfte ablehnen?
46. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung noch vor dem 25. September 1983 der betroffenen Bevölkerung mitzuteilen?
47. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Gibt es Überlegungen bzw. Initiativen der Bundesregierung, die sich vor der Anlegung neuer Truppenübungsplätze der Verbündeten zunächst einmal darum bemühen, vorhandene Truppenübungsplätze in räumlicher Nähe optimal zu nutzen?
48. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Bevölkerung und die zuständigen Kommunen rechtzeitig und ausreichend über geplante militärische Anlagen zu informieren, so daß unnötige Beunruhigungen der Bevölkerung, wie sie sich am Eisenberg bei Schlitz und anderswo ergeben haben, vermieden werden können?
49. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Inwieweit arbeitet das Bundesverteidigungsministerium in Fragen der Umweltbelastung mit anderen Bundesministerien zusammen, wenn es um die Bewilligung militärischer Anlagen geht?
50. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält es die Bundesregierung für berechtigt, daß die Wehrbereichsverwaltung Widersprüche gegen die Einberufung von Wehrpflichtigen, die alleine die Landwirtschaft ihrer alten und gebrechlichen Eltern bewirtschaften, damit begründet, daß auch verheiratete und außerhalb des Heimatortes wohnende Geschwister des Wehrpflichtigen bei der Verrichtung der landwirtschaftlichen Arbeiten mithelfen könnten?
51. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist der nach einem Bericht des Magazins „Stern“ vom 11. August 1983 in Nicaragua lebende und als Entwicklungshelfer tätige deutsche Staatsangehörige Rainer Engelhardt in der Bundesrepublik Deutschland als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, und sieht die Bundesregierung bejahendenfalls eine Möglichkeit, diese Anerkennung zurückzunehmen, wenn der Bericht des „Stern“ zutrifft, daß sich Engelhardt in Nicaragua an Waffen ausbildet?
52. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist der Bundesregierung die Rede des stellvertretenden Divisionskommandeurs der 6. Panzergrenadierdivision, Brigadegeneral Zedler, bekannt, die er am 25. August 1983 beim Kommandeurswechsel des Fernmeldebataillons 6 vor ca. 1000 Soldaten und

- 400 zivilen Gästen gehalten hat, und wenn ja, teilt sie die Auffassung von Brigadegeneral Zedler, „daß lange Friedenszeiten der Notwendigkeit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr entgegenwirken“?
53. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Rede ein Verstoß gegen § 15 Abs. 1 Soldatengesetz (SG) und § 15 Abs. 4 SG vorliegt, und wenn ja, welche Maßnahmen sind im disziplinarischen Bereich eingeleitet worden?
54. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sicherzustellen, daß in der Bundeswehr mehr Milch angeboten wird, und was behindert bisher den Verzehr von Milch bei der Bundeswehr?
55. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wird nach Meinung der Bundesregierung eine Verbilligung der Milch für alle Soldaten in der Europäischen Gemeinschaft z. B. aus der MVA (Mitverantwortungsabgabe) — wie bei der Schulmilch — den Konsum von Milch und Milchprodukten in der Bundeswehr erhöhen?
56. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Trifft der Bericht der „Welt“ vom 7. September 1983 zu, wonach der frühere Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Ministerialdirektor a. D. Walter Stützle, ca. 80 v. H. des Textes seines vor kurzem erschienenen Buches „Politik und Kräfteverhältnis“ wörtlich dem 1982 im Bundesverteidigungsministerium erarbeiteten Entwurf des Weißbuches der früheren Bundesregierung entnommen hat, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls Herrn Stützle deshalb zur Verantwortung ziehen?
57. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU) Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von der angeblich weitgehenden Identität des früheren Weißbuch-Entwurfes mit dem Buch Stützles, und ist der Bundesregierung bekannt, ob dem Verfasser des Vorwortes zu diesem Buch, Generalinspekteur a. D. de Maizière, diese Identität seinerseits zuvor bekannt war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

58. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung, in bezug auf die Verkehrssicherheit, der Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge und dem Ausbau technischer Sicherungen an Bahnübergängen bei?
59. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) Ist es Absicht der Bundesregierung, die dafür zur Verfügung stehenden Mittel, wie im Haushaltsjahr 1983 im Bereich der Bundesbahndirektion Essen, im gesamten Bundesgebiet in den nächsten Jahren um 47 v. H. zu kürzen?
60. Abgeordneter
Carstensen
(CDU/CSU) Welche und wie viele Verklappungen werden nach Kenntnis der Bundesregierung mit Genehmigung der deutschen Behörden in die Nordsee eingebracht?

61. Abgeordneter
Carstensen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Verhältnis die genehmigten Verklappungen von deutschen Einleitern zu denen der übrigen Nordseerainer-Staaten stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

62. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wann nach jahrelangen Vorbereitungen mit dem Neubau des Postamtes in Bad Hersfeld begonnen wird, und ist sie gegebenenfalls bereit, den baldigen Baubeginn einzuleiten?
63. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Mit welcher Kostenunterdeckung rechnet die Bundesregierung für die Deutsche Bundespost im Kabelprojekt Ludwigshafen in den nächsten fünf Jahren, und von welcher Entwicklung der Anschlußdichten geht die Bundesregierung bei dieser Rechnung aus?
64. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Welche unternehmensbezogenen Fragestellungen hält die Bundesregierung im Rahmen des Pilotprojekts Ludwigshafen für klärungsbedürftig durch die Deutsche Bundespost, und auf welche haushaltsrechtlichen Bestimmungen gründet die Bundesregierung die Auffassung, der Bundespostminister sei ermächtigt, in so erheblichen finanziellen Größenordnungen von den im Juni 1983 durch den Postverwaltungsrat beschlossenen Kabelanschlußgebühren abzuweichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

65. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Ist im Rahmen des deutschen Weltraumprogramms auch — ähnlich wie in den USA, wo von der NASA eine spezielle Arbeitsgruppe gebildet wurde — an eine „Kommerzialisierung des Weltraumes“ gedacht, und welche Schritte sind hierzu bereits unternommen worden?
66. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Zusammenarbeit mit den USA beim Bau des Space-lab, und wie soll die Kooperation fortgeführt werden?
67. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung ein neues Meeresforschungsprogramm vorlegen?
68. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Welche spezifischen Vorhaben zugunsten der deutschen Schiffbauindustrie sollen nach diesem Programm gefördert werden?

69. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) In welchem Umfang sind bisher Mittel aus dem Programm der Bundesregierung zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ (Kapitel 3003, Titel 683 19) im laufenden Haushaltsjahr bewilligt, und wie hoch ist der Mittelabfluß aus diesem Titel in diesem Jahr?
70. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wird der Titel „Humanisierung des Arbeitslebens“ in diesem Jahr nicht ausgeschöpft, und welche Begründung kann die Bundesregierung gegebenenfalls hierfür geben?

Bonn, den 9. September 1983